

URL: <http://www.mt-online.de/mt/lokales/minden/?cnt=616969>

Seit drei Monaten ohne Krankenversicherung

Sozialämter unterstellen psychisch angeschlagener Frau Verhältnis mit ihrem Vermieter / Zweimal zusammengebrochen

Minden (mt). "Bei der ‚Tafel‘ bin ich umgekippt, und der Notarzt musste kommen", berichtet Nora D. (Name geändert). Ins Krankenhaus mitgenommen haben die Sanitäter die mittellose Frau dann aber nicht: Sie ist nicht krankenversichert, seit fast drei Monaten schon - seit ihr die Stadt das Arbeitslosengeld II gestrichen hat.

Von Jürgen Langenkämper



89895772_0.jpg

Der körperliche Zusammenbruch vor einer Woche war nicht der erste Einsatz eines Rettungswagens in dieser Zeit. Schon Mitte Juli wollte ein Notarzt sie mit akuten Herz-Rhythmus-Störungen ins Klinikum einweisen. Wegen der fehlenden Krankenversicherung bat sie aber darum, zu Haus bleiben zu dürfen.

Zu Haus, das ist irgendwo am Stadtrand von Minden. Ein 18 Quadratmeter großes Zimmer für 79 Euro Warmmiete.

"Ich hatte nie viel Platz, vorher nicht mal ein eigenes Zimmer", sagt die Frau. Bis zu ihrem 30. Lebensjahr wohnte sie bei ihrer Mutter, wurde geschlagen. Obendrein habe das Sozialamt 800 Mark von ihrem Lohn abgezogen, weil die Mutter Sozialhilfe bekam. Nora D. war heilfroh, als sie bei einem Arbeitskollegen ein Zimmer mieten und ausziehen konnte.

Dann verlor die Frau, die wegen psychischer Probleme in Therapie war, ihren Job, bekam Arbeitslosenhilfe. Das Arbeitsamt bewilligte ihr ALG II - bis Ende Juni. Im Mai stellte sie den erforderlichen Folgeantrag bei der Stadt, hörte aber lange nichts vom Amt. Anfang Juni stand dann plötzlich ein "Sozialdetektiv", wie Nora D. ihn heute nennt, im Haus. "20 Minuten hat er mit meinem Vermieter geredet, sich umgesehen und ist erst dann in mein Zimmer gekommen."

Weil sie nur eine Klappcouch - "voll gestellt mit einer Unzahl von Plüschtieren", wie es hinterher in seinem Bericht missbilligend heißt - hat, mutmaßt der städtische Außendienstmitarbeiter, dass die Frau im Schlafzimmer ihres Vermieters nächtigt. Das bestreiten beide hinterher in einer eidesstattlichen Versicherung und dann auch vor dem Sozialgericht Detmold. Eine eheähnliche Gemeinschaft liege nicht vor, versichert die 42-Jährige stets.

Nach Ablehnung ihres ALG-II-Antrags Ende Juni holt sich Nora D. einen Beratungsschein und schaltet eine Anwältin ein, die sofort Klage beim Sozialgericht einreicht. Sommer, Urlaubszeit, das Gericht versinkt in einer Flut von ALG-II-bedingten Eilverfahren. Inzwischen gehen die Frau die Mittel aus. Ihre Medikamente für Kreislauf und Psyche hat sie rationiert, weit unter die erforderliche Dosis.

Bei Hausbesuch bleibt Fuß in der Tür

Der erste Zusammenbruch. Mangels Krankenversicherung habe sie ihr Therapeut

dreimal nur aus Mitleid behandelt, erzählt Nora D. Als sie sich an den psychosozialen Dienst des Kreisgesundheitsamtes wendet, glaubt die Ärztin ihr nicht, dass sie keine Krankenversicherung mehr habe. "Das gibt es in Deutschland nicht", bekommt sie zu hören. Aus.

Um überhaupt etwas essen zu können - "an manchen Tagen auch nicht" -, strampelt Nora D. mit ihrem Fahrrad den weiten Weg vom Stadtrand in die Innenstadt, zur "Mindener Tafel". Einmal umsonst. Trotz früherer Registrierung als Bedürftige bekommt sie eines Tages keine Lebensmittel jenseits des Mindesthaltbarkeitsdatums - sie hat nicht mal mehr den erforderlichen einen Euro Kostenanteil. Die Mindener Aktion gegen Sozialabbau (MAGS) und das Arbeits-Leben-Zentrum vermitteln.

Mal erhält die hungrige Frau einen kleinen Einkaufsgutschein beim Diakonischen Werk, mal beim Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) - 25 Euro in zweieinhalb Monaten. Eine kleine Spardose war längst geleert.

Anfang September kommt es zu einer - ungewöhnlich genug - persönlichen Anhörung D.s vor Gericht in Detmold. Auch ihr Vermieter muss erscheinen. Die Sozialämter von Kreis und Stadt sind ebenfalls vertreten. Der Vertreter des Kreises äußert seinen Unglauben, dass jemand, der am Stadtrand wohnt, seine Besorgungen alle mit dem Fahrrad erledigt. "Mein Vermieter habe für mich mit eingekauft", gibt D. eine von mehreren Unterstellungen wieder.

In der darauf folgenden Woche steht eine Frau vor der Tür, will die Wohnung sehen, ohne sich auszuweisen. Nur weil sie seit 2001 über die MT-Aktion "Paket mit Herz" zu Weihnachten Jahr für Jahr Essenspakete bekam, erkannte sie die Sozialamtsmitarbeiterin.

D. will ihre Rechtsanwältin anrufen, um eine Zeugin zu haben. Die Tür darf sie nicht schließen, um ins Haus zu gehen. Ein Fuß bleibt im Spalt. Die Anwältin kann nicht aus der Kanzlei kommen.

Am nächsten Tag bricht Nora D. bei der "Tafel" zusammen. "Es ging mir schon vorher schlecht", sagt sie. Der Rettungswagen nimmt sie nicht mit. Aber der Notarzt besteht darauf, dass eine Frau von der benachbarten Caritas die nächsten anderthalb Stunden ein Auge auf Nora D. hat.

Der ersehnte Gerichtsbeschluss aus Detmold bleibt aus. Die Richterin sei erkrankt, erfährt ein MAGS-Aktivist erst auf einen Anruf hin.

Das Hungern geht weiter. Seit drei Monaten keine Miete gezahlt. Ihr Vermieter scheint der Nachstellungen - auch Nachbarn seien ausgehorcht worden - überdrüssig. "Er hat mir mit fristloser Kündigung gedroht. Dann bin ich obdachlos", fürchtet sich Nora D. vor ihrer Zukunft - dann könnte man ihr wohl auch nicht länger eine eheähnliche Gemeinschaft unterstellen. Ein Schicksal im ALG-II-Land, ein Schicksal im Optionskreis Minden-Lübbecke.

[document info]

Copyright © Mindener Tageblatt 2005

Dokument erstellt am 21.09.2005 um 21:20:29 Uhr

Erscheinungsdatum 21.09.2005 | Ausgabe: MT